

Jugendgerecht werden

Forderungen zur Kommunalwahl 2016

Die Kommunen sind die unmittelbare Lebenswelt für junge Menschen: Hier leben sie, hier gehen sie zur Schule, hier haben sie ihre Freund-inne-n und Familien, hier verbringen sie ihre Freizeit und hier engagieren sie sich. Daraus ergeben sich jugendspezifische Wünsche und Forderungen junger Menschen an die Kommunen - wir fordern die niedersächsischen Kommunen auf, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um jugendgerecht zu werden. Daher fordern wir:

Junge Menschen ernsthaft beteiligen!

Wir fordern die direkte Einbeziehung junger Menschen in gesellschaftliche und politische Prozesse. Die direkte Beteiligung an Themen, die Jugendliche unmittelbar betreffen, muss selbstverständlich werden, das gilt sowohl für Freizeitangebote als auch für Bau- und Infrastrukturplanungen sowie für die Umsetzung von Bildungs- und Ausbildungsvorhaben. Jugendbeteiligung muss in den Kommunen bei allen jugendrelevanten Entscheidungen etabliert werden. Jugendverbände und Jugendringe sind Orte des Lernens von Demokratie und Mitbestimmung. Sie sind die legitimierte Interessenvertretungen für die junge Generation. Diese müssen in dieser Funktion gestärkt und der Aufbau von Doppelstrukturen muss vermieden werden. Projekte alleine, die von Zeit zu Zeit stattfinden, sind kein wirksamer Weg, um eine konstante und konstruktive Beteiligungskultur junger Menschen aufzubauen.

Jugendarbeit und Engagement stärken!

Jugendarbeit ist eine unverzichtbare Säule für eine jugendgerechte Kommune, denn die Angebote der Jugendarbeit - von der Gruppenstunde über Festivals und Freizeiten bis hin zu Seminaren und internationalen Begegnungen - sind wesentliche Bestandteile des Freizeit- und Bildungsangebots für junge Menschen. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen ergeben sich auch neue Herausforderungen für die Jugendarbeit. Damit Jugendarbeit den neuen Anforderungen gerecht werden kann, fordern wir:

Förderung des ehrenamtlichen Engagements weiter ausbauen!

Jugendarbeit ist undenkbar ohne das ehrenamtliche Engagement der Jugendleiter-innen. Jugendleiter-innen müssen bei ihrem Engagement beraten und begleitet werden. Wer ehrenamtliches Engagement wünscht, muss dafür auch die notwendigen Rahmenbedingungen sicherstellen! Dazu gehört insbesondere auch eine tatkräftige Unterstützung und Beratung der Ehrenamtlichen durch Hauptamtliche. Ferner muss die Kultur des Dankeschöns und der gesellschaftlichen Anerkennung einen höheren Stellenwert erhalten. Kommunen sollen ihren Beitrag dazu leisten, dass ehrenamtlich aktive Jugendliche keine Nachteile durch ihr Engagement in Schule, Ausbildung oder Beruf erfahren und Juleica-Vergünstigungen aktiv eingeworben werden.

Gesamtverantwortung wahrnehmen und Bürokratie abbauen!

Die Kommunen müssen ihre Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wahrnehmen, freie Träger der Jugendarbeit (Jugendverbände, Jugendinitiativen und -ringe) stärker unterstützen, beraten und begleiten sowie das Subsidiaritätsprinzip achten. Dazu gehört auch eine angemessene jugendarbeitsgerechte personelle Ausstattung. Die bürokratischen Anforderungen an ehrenamtliche Jugendarbeit müssen minimiert werden.

Kontinuierliche und verlässliche Förderung der Jugendverbände und -initiativen sicherstellen!

Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Die bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit ist für Kommunen eine pflichtige Aufgabe, für die ein angemessener Teil des Jugendhilfeeats verwendet werden muss. Während die Ausgaben der Jugendhilfe in Niedersachsen seit 1992 inflationsbereinigt um 60% gestiegen sind, stagnieren die Ausgaben für die Jugendarbeit.

Förderrichtlinien und Anträge sind in leichter Sprache zu verfassen und müssen leicht zugänglich sein, um auch Jugendinitiativen, z.B. Jugendgruppen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, einen leichten Zugang zur Förderung zu ermöglichen. Die Förderung einzelner Projekte der Jugendarbeit muss kurzfristig und ohne die vorherige Anerkennung als Träger der Jugendhilfe möglich sein.

Bei Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Ganztagschulen müssen die Schulen eine ausreichende Finanzierung außerunterrichtlicher Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Dies darf nicht zu Lasten der Förderung außerschulischer Jugendarbeit gehen.

Integrations- und Inklusionskraft der Jugendarbeit fördern!

Die Startchancen junger Menschen dürfen nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. Daher ist es notwendig, dass die Kommunen ihre Anstrengungen verstärken, dass alle jungen Menschen die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen. Auch bei jungen Geflüchteten kann die Jugendarbeit dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn dafür die notwendige Unterstützung seitens der Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Dies kann durch zusätzliche Zuschüsse für Ferienfreizeiten und Seminare der Jugendarbeit, durch eine Übernahme der Mitgliedschaftsgebühren in Vereinen oder durch andere Unterstützungsleistungen geschehen.

Vielfalt als Chance sehen - Anfeindungen entschieden entgegnetreten!

Menschen sind vielfältig und haben unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten. Diese Unterschiede machen die Stärke einer Gesellschaft aus. Strukturelle Benachteiligungen auf Grund von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Identität, sozioökonomischer Situation oder körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen sind auch durch die Kommunalpolitik abzubauen. Ferner müssen die örtlichen öffentlichen Träger dafür sorgen, dass haupt- und ehrenamtlich Mitarbei-

tende der Jugendhilfe adäquat mit den persönlichen Situationen umgehen können und die dafür notwendigen Kompetenzen gestärkt werden. Initiativen für Integration und gegen Ausgrenzung gilt es zu unterstützen und zu stärken; rechtsextremen und vielfaltsfeindlichen Gedanken muss entschieden entgegengetreten werden.

Belange junger Menschen in allen Politikfeldern berücksichtigen!

Für eine jugendgerechte Kommune müssen die Kommunen die Belange junger Menschen quer durch alle Politikfelder berücksichtigen und bei allen Entscheidungen hinterfragen, in welchem Maße Jugendbelange berücksichtigt worden sind. Schon in ihrem eigenen Interesse sind Kommunen dazu aufgefordert, attraktiven Lebensraum für junge Menschen zu schaffen. Unter anderem sind die folgenden Politikfelder wichtig:

Nachhaltig und ökologisch handeln!

Nachhaltiges, soziales und ökologisches Handeln verlangt gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen eine klare politische Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Kommunen müssen dies bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und bei der Entwicklung eines Leitbildes für die Kommune fest verankern.

Mobilität

Bei der Weiterentwicklung des ÖPNV sind die spezifischen Belange junger Menschen - zum Beispiel die Heimfahrt nach dem Disko-Besuch - zu berücksichtigen. Junge Menschen aus ländlichen Regionen müssen auch nachmittags und abends die Möglichkeit haben, sich mit Freund-inn-en zu treffen oder an Angeboten der Jugendarbeit teilzunehmen, die in anderen Orten stattfinden. Fahrpreise müssen für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar sein.

Freizeitmöglichkeiten für jungen Menschen lebendig und attraktiv gestalten

Kinder und Jugendliche haben berechnete Ansprüche an ihre Freizeitgestaltung. Sie benötigen Räume, in denen sie mit Gleichaltrigen ihre Freizeit verbringen können. Schwimmbäder und Skateanlagen sind Beispiele dafür, aber auch Jugendräume, in denen pädagogisches Personal Angebote macht, sind wichtig. Besonders im Bereich Freizeit ist die Beteiligung junger Menschen eine gewinnbringende Verpflichtung der kommunalen Politik.

Zugang zu digitalen Medien für alle

Der Zugang zu digitalen Medien ist für die gesellschaftliche Teilhabe eine unverzichtbare Voraussetzung. Kommunen müssen daher dafür Sorge tragen, dass es in allen Orten einen schnellen Zugang zum Internet gibt. In Innenstädten und in Einrichtungen der Jugendarbeit sowie in Bildungseinrichtungen und weiteren öffentlichen Gebäuden muss ein kostenloser Zugang mittels WLAN für alle zur Verfügung gestellt werden. Für medienpädagogische Angebote muss zeitgemäße Infrastruktur bereitgestellt werden.

Bildungsregionen & Schule jugendgerecht gestalten!

Bildung ist für die Startchancen junger Menschen von maßgeblicher Bedeutung. Eine vielfältige Gesellschaft braucht vielfältige Bildungszugänge. Die Kommunen sind aufgefordert, neben einer guten schulischen Infrastruktur auch gute Voraussetzungen für die außerschulische Bildung junger Menschen zu schaffen und nachhaltig sicherzustellen. Die Konzeptionierung von Ganztagsangeboten sowie die Vernetzung in regionalen Bildungslandschaften sollte nicht ohne die Beteiligung von Jugendverbänden erfolgen, damit auch die Interessen der jungen Menschen berücksichtigt werden. Jugendverbände und -gruppen verfügen über Aktive mit einer entsprechenden Ausbildung (Juleica) und orientieren sich bei diesen Angeboten an den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen.

Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Junge Menschen brauchen eine klare (berufliche) Perspektive. Für eine gesicherte berufliche Zukunft ist es unverzichtbar, dass sie die Möglichkeit haben, im Anschluss an die Schule einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu wählen, der ihren Interessen entspricht. Die Kommunen sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass in ihrer Region attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen werden. Dazu gehört es auch, in der kommunalen Verwaltung und in kommunalen Betrieben Ausbildungsplätze zu schaffen und jungen Menschen nach der Ausbildung eine Perspektive zu eröffnen. Gleichzeitig müssen sich die Kommunen aktiv an der Einrichtung von Jugendberufsagenturen beteiligen. Diese führen die Kompetenzen und zuständigen Mitarbeiter:innen aus Jobcenter, Agentur für Arbeit und kommunaler Jugendhilfe zusammen, um Jugendliche aus einer Hand zu beraten und zu unterstützen.